

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ihr haltet die erste Ausgabe der Marxistischen Initiative in euren Händen.

Wir beschäftigen uns in unserem Leitkommentar mit der halbherzigen Kapitalkritik aus den Reihen der SPD und stellen ihr unser marxistisches Programm entgegen. Der Kampf gegen Werksschließungen und Arbeitsplatzvernichtung wird anhand zweier Beispiele aus München und der Türkei thematisiert. Wir zeigen, wie Arbeiter fast zwei Monate lang die Papierfabrik SEKA in der Türkei besetzten und sprechen mit einer Arbeiterin am Infineon Werk in München-Perlach, das bis zum Jahr 2007 geschlossen werden soll. Vor 115 Jahren wurde erstmals der 1.Mai als internationaler Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse begangen. Ein Geschichtsartikel erzählt, wie es dazu kam. Ein Beitrag der türkischen marxistischen Organisation Devrimci Isci sucht nach einer internationalistischen Strategie im Kampf gegen die Rekolonialisierung des Nahen Ostens und beschäftigt sich insbesondere mit der gewandelten Rolle nationaler Befreiungsbewegungen, die heute oft ins Schlepptau des Imperialismus mit seiner „Menschenrechts“-Rhetorik geraten. Für unsere türkischsprachigen Leserinnen und Leser beschäftigt sich ein Artikel mit dem Erstarken der Faschisten in Deutschland und den Möglichkeiten und Problemen des antifaschistischen Kampfes. Wir betonen darin, daß nur eine Einheitsfront von Arbeitern und Jugendlichen über alle ethnischen und religiösen Grenzen hinweg die faschistische Drohung bannen kann. Unser Berlin-Korrespondent meint anlässlich des jüngsten Streits um die Einführung eines Werteunterrichts an Berliner Schulen, Religion solle Privatsache sein und fordert die Trennung von Staat und Kirche. Am 8. Mai ist der 60. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Wir dokumentieren deshalb eine historische Erklärung der trotzkistischen Bewegung aus dem Jahr 1945.

Diese Zeitung ist kein Selbstzweck. Sie versteht sich im Sinne von Lenin als kollektiver Organisator, Propagandist und Agitator, also als Instrument zum Aufbau einer marxistischen Organisation. Wenn Euch unsere Ideen gefallen, diskutiert mit uns. Wir suchen immer Mitstreiterinnen und Mitstreiter gegen die kapitalistische Barbarei, gegen Krieg und Rassismus - für Sozialismus und Freiheit.

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern einen kämpferischen 1.Mai !

Redaktion Marxistische Initiative

Inhalt:

Haltet den Dieb! Zur Kapitalismus-Schelte aus der SPD ... S.3

Zwei Monate Fabrikbesetzung gegen Privatisierung in der Türkei ... S.4

Infineon schließt Werk in München-Perlach – Interview mit einer Arbeiterin ... 5

Heerschau des Proletariats – Zur Geschichte des 1.Mai ... S.6

Die Revolutionäre Linie im Mittleren Osten ... S.7

Religion ist Privatsache – Worum geht es beim Streit um den Werteunterricht in Berlin ... S.9

Almanya'da faşist 'halk cephesi' tehdidine karşı mücadele ... S. 10

Wofür steht die Marxistische Initiative? ... S.13

Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds vom 20. April 1945 ... S.15

1 Mayıs`ta Kızıl Meydan

Kızıl Meydan bütün meydanlardan geçer 1 Mayıs`ta.

Bayraklı, bayraksız,

Türkülü, türküsüz.

Geçer

bütün meydanlardan.

Kızıl Meydan bütün umutlardan geçer 1 Mayıs`ta,

Kızıl Meydan 1 Mayıs`ta, girer bütün hapslere,

Hürriyetin yattığı bütün hapslere,

Kızıl Meydan bütün iklimlerden geçer 1 Mayıs`ta,

Karın, yağmurun, güneşin altında.

Dünya 1 Mayıs`ta Kızıl Meydan`da olur:

Lenin`in konduğu meydan...

Názım Hikmet Ran

Impressum:

Herausgeber: Marxistischen Initiative München.

Verantwortlicher Redakteur / V.i.S.d.P. xxxxxx München.

Eigendruck im Selbstverlag.

Kontakt: E-Mail marxini@gmx.net

Haltet den Dieb - Zur Kapitalismus-Schelte der SPD

„Haltet den Dieb!“ schreit der Dieb. Ausgerechnet Franz Müntefering, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bundestag, klagt über die Allmacht des Kapitals. „Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandelns.“ Andere prominente Parteigenossen haben sich der oberflächlichen Kapitalismusschelte angeschlossen.

Münteferings Manöver ist offensichtlich. Am 22. Mai droht die SPD im einwohnerstärksten Bundesland Nordrheinwestfalen bei den Landtagswahlen eine vernichtende Wahlniederlage zu erleiden. Sollte die SPD die Regierung in NRW verlieren, wäre dies der Anfang vom Ende der rot-grünen Bundesregierung. Mit unverbindlicher Schelte gegen das internationale Kapital hofft die SPD, bei ihrem Stammklientel, den Arbeitern und Arbeitslosen, noch schnell zu punkten. Doch die haben nicht vergessen, daß es SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder war, der 1998 die halbherzige Kritik seines damaligen Finanzministers Oskar Lafontaine am neoliberalen Regierungskurs mit den Worten zurückwies: „Mit mir ist eine Politik gegen die Wirtschaft nicht zu machen!“

Münteferings und Schröders SPD setzte seit ihrem Regierungsantritt die radikalsten Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung seit Gründung der Bundesrepublik durch. Hartz IV ist nur das bekannteste Stichwort einer Kette von Kürzungs- und Sparprogrammen, die für die Masse der Bevölkerung den millionenfachen Raub von Löhnen und Gehältern, Sozialleistungen, Renten und Ersparnissen bedeuten.

Die Bilanz von sechs Jahren rot-grüner Umverteilungspolitik in Deutschland ist deutlich: heute besitzt die Hälfte der Bevölkerung nicht einmal mehr vier Prozent des Nettovermögens, während das reichste Zehntel mit 44 Prozent über fast die Hälfte des gesamten Nettovermögens verfügt. Über drei Millionen Haushalte sind überschuldet, jede achte Familie leidet an offener Armut.

Während die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft über die angeblich zu teure Arbeit jammern, konnten die an der Börse notierten Dax-Unternehmen ihre Gewinne im vergangenen Jahr um 60 Prozent steigern, ihre Aktionäre bekamen rund 40 Prozent mehr Dividende. Gleichzeitig sind rund 6,5 Millionen Menschen ohne bezahlte Arbeit. Mit der Schaffung von Ein-Euro-Jobs hat die Regierung eine weitere Abwärtsspirale von Löhnen in Gang gesetzt. „Es sind auch Heuschrecken über den Sozialstaat hergefallen und haben ihn demoliert. Da gibt es Heuschrecken mit prominenten Namen, die heißen Franz, Gerd und Ute“, weiß das „einfache SPD-Mitglied“ Oskar Lafontaine.

Jetzt, wo sie merken, daß sie den Ast abgesägt haben, auf den sie sitzen, kritisieren Müntefering und Genossen die Allmacht des Kapitals. Die Rede ist von anonymen Finanzinvestoren, die keine Gedanken an die Menschen verschwenden, deren Arbeitsplätze sie vernichten. Sie wollen die „soziale Marktwirtschaft“, die sie in den letzten sechs Jahren zerschlagen haben, zurück. Aber sie wollen nicht die Grundlagen des Kapitalismus, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, angreifen, das die eigentlichen

Wurzeln der heutigen sozialen Konflikte bildet. In ihren Augen ist der Abbau von Arbeitsplätzen und die Verlagerung von Jobs in Billiglohnländer nicht in der Logik des Kapitalismus angelegt, sondern ein Zeichen „unpatriotischer Gesinnung“ (SPD-Generalsekretär Benneter). Wie der Teufel das Weihwasser so scheuen diese Sozialdemokraten den Klassenkampf.

Doch Sonntagsreden gegen die Allmacht des Kapitals nützen nichts, solange sie nicht mit einem konkreten Programm zur Mobilisierung der Lohnabhängigen gegen das kapitalistische System verbunden sind. Eine Schlüsselforderung, die wir heute innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften aufstellen müssen, lautet: Für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände! Für die sofortige Einführung der 30 Stunden Woche! Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ohne Erhöhung der Arbeitsdichte - bis alle Arbeit haben. Für gewerkschaftliche Kontrollausschüsse zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in den Betrieben. Treten wir weiter ein für ein garantiertes Mindesteinkommen von 1500 Euro und ein Verbot weiterer Entlassungen. Wenn Großkonzerne wie die Deutsche Bank oder Siemens trotz Milliardenengewinnen Jobs abbauen, ist es höchste Zeit, über ihre Enteignung im Interesse der werktätigen Bevölkerung zu diskutieren.

Von der SPD, die sich seit 90 Jahren der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung verschrieben hat und in der Bundesregierung als Erfüllungsgehilfe des Großkapitals handelt, können wir das nicht erwarten. Auch die PDS hat sich als Regierungspartei in Mecklenburg und Berlin der Umsetzung von Hartz IV und anderer gegen die Werktätigen gerichteten Maßnahmen verpflichtet und ist somit Teil des Problems und nicht der Lösung. Und die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit zielt – wie es ihr Name schon sagt – nur darauf, die Stimmen unzufriedener und von der Sozialdemokratie enttäuschter Menschen einzufangen und ihre Proteste von der Straße in die parlamentarische Sackgasse zu führen.

Notwendig ist der Aufbau einer sozialistischen Arbeiterinnen- und Arbeiterpartei als echter Interessenvertretung der Masse der Lohnabhängigen, die mit einem marxistischen Programm den Weg zur Überwindung des Kapitalismus aufzeigt. Die Marxistische Initiative möchte – zusammen mit anderen Gleichgesinnten – nach ihren Möglichkeiten und Kräften zur Schaffung einer solchen klassenkämpferischen Alternative beitragen.

Ron B. Stein



Türkei: Fabrikbesetzung gegen Privatisierung

Die staatliche Papierfabrik SEKA im westtürkischen Izmit existiert schon seit 70 Jahren. Obwohl die Türkei von Papierimporten abhängig ist, wollte die islamische AKP-Regierung die Produktionsstätte schließen und das Gelände an die Stadtverwaltung überlassen. Absichtlich ließ der Staat die Modernisierung der Maschinen stoppen, um anschließend zu behaupten, die Produktionsstätte wäre veraltet. Nachdem ein früherer Versuch der Privatisierung gescheitert war, ließ die Regierung einen Teil der Maschinen verkaufen.

Aus Protest gegen die Privatisierung und den drohenden Arbeitsplatzverlust besetzten 700 Arbeiter am 19. Januar die Papierfabrik. Die SEKA-Arbeiter verfügten über keine große Klassenkampftradition. Viele von ihnen hatten bisher die konservative islamische Regierungspartei

unterstützt. Als Polizei und Militär am 18. Februar versuchten, das Betriebsgelände zu räumen und dabei sogar Panzerwagen aufzufahren, setzten die Arbeiter ihren Protest im Speisesaal fort und verbarrikadierten sich beim erneuten Einschreiten der Polizei in der Werkstatt der Fabrik.

Kommunalpolitiker und Gewerkschafter konnten als Vermittler einen weiteren Angriff der Polizei verhindern.

Der Dachverband der türkischen Arbeitergewerkschaften Türk-Is beschloß, den Kampf der SEKA-Arbeiter mit landesweiten Aktionen zu unterstützen, an denen sich auch die Gewerkschaftsdachverbände DISK, KESK und BASK beteiligen. Am 4. März kam es landesweit, auch in kurdischen Städten, zu Warnstreiks und vorübergehenden Betriebsbesetzungen, an denen sich Zehntausende Arbeiter beteiligten. Der Vorsitzende der Chemiegewerkschaft Petrol-Is, Mustafa Öztaskin, bezeichnete die Vereinbarung von Türk-Is über Solidaritätsaktionen als „historischen Beschluß“. Zum ersten Mal wurde der Widerstand der Arbeiter einer Fabrik gegen die drohende Privatisierung zu einem landesweiten Protest ausgeweitet.

Verrat der Gewerkschaftsbürokratie

51 Tage hielten die Besetzer mit Unterstützung ihrer Familien und vieler Einwohner der Stadt durch. Aufgrund des militanten Widerstands der SEKA-Arbeiter und der großen Sympathie, die ihr Kampf landesweit genoß, war die Türk-Is-Bürokratie gezwungen, sogar einen landesweiten Streik anzudrohen. Gleichzeitig setzte Türk-Is-Präsident Salih Kilic, der gute Verbindungen zum sogenannten „tiefen Staat“ aus Militär, Geheimdiensten und rechtsextremen Zellen unterhält, alles dran, den Protest in geordnete Bahnen zu lenken. Aus Angst, daß die Proteste außer Kontrolle geraten, erklärten sich die Gewerkschaftsbürokraten Mitte März zu einem „Kompromiß“ mit der Regierung bereit. Das

SEKA-Werk wurde der Stadtverwaltung der Gemeinde Kocaeli übertragen, um eine kommunale Weiterbeschäftigung der Arbeiter zu sichern. Von ihrer Gewerkschaft verraten und von fast zwei Monaten Werksbesetzung ermattet stimmten 510 von 585 an der Abstimmung teilnehmende Arbeiter für die Annahme des Plans, der anschließend von Transportminister Binali Yildirim, dem Präsident des Gewerkschaftsdachverbands Türk-Is Salih Kilic, und dem Vorsitzenden der Zellulosegewerkschaft Ergin Alsan unterzeichnet wurde. Die Stadtverwaltung schloß die Fabrik umgehend, um auf dem Gelände einen städtischen Park zu errichten. Trotz des beispiellosen Kampfes konnte die Papierfabrik nicht gerettet werden. Zwar wurden vorerst die Arbeitsplätze der SEKA-Arbeiter an anderer Stelle gesichert. Doch auch im kommunalen Sektor kann es wieder zu Kürzungen und Entlassungen kommen. Eine Jobgarantie besteht hier nicht.



Der Kampf um SEKA hat aber gezeigt, daß in weiten Schichten

der türkischen Arbeiterklasse der Wille zum Widerstand gegen Privatisierungen und sozialen Kahlschlag besteht. Nicht die Panzer der Erdogan-Regierung sondern der Verrat der rechten Gewerkschaftsbürokraten konnten schließlich den Widerstand der Arbeiter brechen.

Widerstand gegen EU-Beitritt

Schon seit den 80er Jahren läuft in der Türkei auf Druck von IWF und Weltbank ein Privatisierungsprogramm des einst dominanten staatlichen Sektors. Verstärkt werden diese Privatisierungen jetzt durch den EU-Beitrittsprozeß. Nur wenige wissen, daß in den Kopenhagener Kriterien, die als Voraussetzung für einen Beitritt erfüllt sein müssen, nicht nur die Herstellung demokratischer Verhältnisse gefordert wird, sondern insbesondere auf die Schaffung einer völlig freien Marktwirtschaft gedrängt wird. Statt demokratischer Rechte und Reisefreiheit bedeutet der EU-Beitrittsprozeß für türkische und kurdische Arbeiter und Bauern neue soziale Härten, Privatisierungsprogramme, Arbeitslosigkeit und die Zerschlagung der anatolischen Landwirtschaft.

Widerstand gegen einen türkischen EU-Beitritt kommt in der Türkei bisher vor allem von nationalistischer Seite. Auch die Türkische Kommunistische Partei lehnt den EU-Beitritt aus „patriotischen“ Gründen ab. Doch die nationalistische Sackgasse kann für die türkischen und kurdischen Arbeitern keine Perspektive sein. Die türkischen Werktätigen werden so nur fester an ihre eigenen Herren gebunden und ihre Ausbeutung noch verstärkt. Der in den letzten Monaten stark

angewachsene türkische Nationalismus führt zur Spaltung der Werktätigen verschiedener ethnischer Herkunft. Indem den Kurden die nationale Selbstbestimmung verweigert wird, werden sie in die Arme der EU mit ihrer Menschenrechtsdemagogie getrieben. Die seit März andauernde nationalistische Welle führte in Trabzon bereits zu versuchter Lynchjustiz an linken Revolutionären. Sie

richtet sich gegen alle Demokraten und Sozialisten. Notwendig ist in der Türkei ein klassenkämpferisches Nein zur EU, zu Privatisierungen und sozialem Kahlschlag! Der militante Widerstand der SEKA-Arbeiter weist den Weg.

Lütfi Sultan

Infineon schließt Werk in München-Perlach

Der Elektrokonzern Infineon hat angekündigt, das Halbleiterwerk in München-Perlach aus strukturellen Gründen bis 2007 zu schließen. Das vor 20 Jahren als Forschungsstelle gegründete Werk sei „technisch überholt“ und eine weitere Nutzung wirtschaftlich nicht sinnvoll. Hochfrequenz-Bauteile, die in Mobiltelefonen das Senden und Empfangen steuern und Daten an Chips weiterleiten, machen einen Großteil der Produktion an diesem ältesten Infineon-Standort aus. Die Restproduktion soll jetzt von München zum zweiten bayerischen Infineon-Standort Regensburg und ins österreichische Villach verlagert werden. Im Perlacher Werk arbeiten derzeit 800 Mitarbeiter, davon 400 als Anlagenbediener, 100 in der Instandhaltung und 300 in Verwaltung und Entwicklung. Der Betriebsratsvorsitzende Jakob Hauser sieht nur minimale Chancen, daß die Beschäftigten in anderen Konzernteilen unterkommen. Viele von ihnen sind seit Jahren in dem Unternehmen tätig und haben auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen. Nach Gewerkschaftsangaben sind zudem weitere 200 Arbeitsplätze bei Zulieferern betroffen. Die drohende Veralterung der Produktionsanlagen kam nicht überraschend. Der Betriebsrat forderte seit zwei Jahren ein Konzept, aber die Firmenleitung präsentierte nur Kostenrechnungen im Vergleich zu anderen Standorten. Während das Management die Entscheidung zur Produktionsverlagerung als unausweichlich darstellt, sieht die IG-Metall diese Situation bewußt herbeigeführt. So seien die Investitionen in Perlach während der letzten Jahre systematisch heruntergefahren worden. Ausbaufähige Teilbereiche wie die Gallium-Arsenid-Technologie für Hochfrequenzbauelemente wurden verkauft und Zukunftstechnologien mit erkennbarem Potential wie Biochips eingestellt.

MI

Interview mit einer Arbeiterin, die seit 25 Jahren bei Siemens und Infineon in München-Perlach arbeitet

Wie ist die Lage bei Infineon?

Bei Infineon in München-Perlach waren vor 8 Jahren noch 7000 Beschäftigte. Fast die Hälfte wurde auf einmal im Jahr 1999 gefeuert, danach wurden immer kleinere Gruppen von Arbeitern entlassen. Zur Zeit sind nur noch 800 Arbeiter dort beschäftigt. Der Anteil von Migranten ist sehr hoch. Die Produktion wurde nach Ungarn, ins österreichische Villach und nach Singapur verlagert. Dabei hat das Management die Technik im Perlacher Werk bewußt veralten lassen. Die Ausrede der Konzernleitung war, daß die Arbeit in München sehr teuer sei. Im Jahr 2001 hat man uns doch gesagt, daß

wir 6.5 Milliarden Mark Gewinn gemacht hätten. Da hat die Aktiengeschichte angefangen. Danach hat auch Kurzarbeit angefangen.

Wie waren erste Reaktionen auf die drohende Werksschließung?

Seit 25 Jahren standen erstmals die Maschinen still. Es war schon ein komisches Gefühl. Alle Arbeiter wurden zusammengerufen. Es wurde in der Sitzung gleich gesagt, es tut uns leid, wir schließen am 1.1.2007 das Werk. Keiner von uns hat erst mal was gesagt, alle haben schweigend den Raum verlassen. Die erste Woche waren wir alle unter Schock.

Wie hoch ist die gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiter bei Infineon in München-Perlach?

Die Arbeiter wußten nicht einmal, was eigentlich eine Gewerkschaft ist. Jetzt sind dennoch viele Mitglieder bei der Gewerkschaft geworden. Viele haben vorher gedacht, wenn sie bei der Gewerkschaft sind, werden sie die Ersten sein, die gefeuert werden. Zweitens sagten sie sich, daß an den Erfolgen der Gewerkschaft wie den Tarifverträgen auch beteiligt sind, wenn sie keine Mitglieder sind. Es ist auch sehr wichtig zu sagen, daß die Gewerkschaftsbürokraten in der Führung uns bisher nur verraten haben. Wir haben kein Vertrauen in diese Personen. Die Gewerkschaft ist aber mehr als die oberen Bürokraten, die ganz an den Unternehmern hängen und bei der ersten Möglichkeit alles verraten. Wir brauchen eine politische Führung und eine starke Gewerkschaft. Nur wenn das existiert, können Arbeiter letztendlich ihre Kämpfe gewinnen

Sie haben von der Aktiengeschichte geredet, was ist das?

Nachdem man uns berichtet hatte, daß das Unternehmen 6.5 Milliarden Mark Gewinn gemacht hatte, haben viele Arbeiter die Aktien gekauft. Konzernchef Schumacher hat für sich in Höhe von 2 Millionen Euro Gewinn gemacht, die Arbeiter hatten die Kürzeren gezogen, weil sie die Aktien nicht verkaufen dürften. Viele haben ihre ganzen Lebensgewinne ausgegeben. Einige landeten in der Therapie. Die Arbeiter wurden auch damals nur reingelegt. Man hat das Gerücht in die Welt gesetzt, daß 150 Arbeiter doch länger arbeiten können als die anderen. Die Folge war, daß viele sich brav verhalten wollen. Die Produktion ist gestiegen. Keiner will ja seine Existenz verlieren. Es gibt auch Prämien. Wenn man nicht krank wird, kriegt man zusätzlich zum Lohn 300 Euro. Der Zweck ist, daß die Leute ihre Arbeit nicht vernachlässigen sollen. Doch das sind nur die bösen Tricks, um die Arbeiter zu betrügen.

Welche Aktionen haben die Arbeiter bisher gemacht?

Man wollte vor Silvester 2005 12 Stunden-Schichten einführen, wir haben in der Nacht eine Demo dagegen gemacht, wir haben damals unser Recht verteidigt. Wir haben am 19. März im Neuperlach eine Demo gegen die Werksschließung gemacht mit der Losung, "Wir bleiben hier" Jeder will hier weiterarbeiten. Wir haben uns mit dem Betriebsrat bei seinem Treffen mit den Unternehmern solidarisiert.

Wie ist die allgemeine Lage unter Arbeiter?

Viele haben Schulden bei der Bank, weil sie eigene Wohnungen oder Häuser gekauft haben. Sieben Arbeiter wurden bereits entlassen, aber aufgrund einer Entscheidung des Arbeitsgerichts mußte Infineon sie wieder aufnehmen. Doch jetzt weigert sich die Werksleitung, ihnen die alten Arbeitsaufgaben wieder zu übertragen. Man schikaniert sie weiter.

Wir werden auf alle Fälle weiter um unsere Rechte kämpfen, damit wir nicht unsere Arbeitsplätze verlieren.

Interview: Suphi Toprak

Zur Geschichte des 1. Mai

Vor 115 Jahren wurde der 1. Mai erstmals als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung gefeiert

Auf dem Gründungskongreß der Zweiten Internationale am 14. Juli 1889 in Paris hatte der französische Gewerkschafter Raymond Felix Lavigne gefordert: „Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen.“

Als Datum dieser gemeinsamen Manifestation wurde der 1. Mai 1890 gewählt, da für diesen Tag bereits in den USA Protestkundgebungen im Gedenken an die Haymarket-Märtyrer geplant waren. Der 1. Mai war in den USA traditionell der Stichtag für den Abschluß von Arbeitsverträgen. 1886 waren rund 400.000 Beschäftigte aus 20.000 Betrieben in den Streik getreten, um die Aufnahme des 8-Stunden-Tages in die neuen Verträge zu fordern. Nachdem ein Provokateur am 4. Mai 1886 während einer Arbeiterkundgebung auf dem Haymarket von Chicago eine Bombe auf die Polizei warf, wurden vier Anarchisten nach Schauprozessen hingerichtet, obwohl ihnen keine Schuld an dem Anschlag nachzuweisen war.

In Deutschland herrschte nach dem Sturz Bismarcks Unsicherheit über den zukünftigen Umgang des Staates mit der Arbeiterbewegung. „Das Sozialistengesetz war unmöglich geworden; sollte das gemeine Recht an seine Stelle treten oder das Kriegsrecht? Das war die Frage, auf die am 1. Mai die Antwort gegeben werden sollte“, fragte „Die Neue Zeit“. Zwar sollten allorts Versammlungen und Maifeste veranstaltet werden. Doch die Arbeiter sollten am 1. Mai 1890 nur dort die Arbeit ruhen lassen, wo dies ohne Konflikte möglich war, mahnte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei aus Sorge vor einem Blutbad.

Trotz drohender Sanktionen beteiligten sich deutschlandweit rund 100.000 Arbeiter an Streiks, Demonstrationen, Maifeiern und Maispaziergängen. In Berlin, Darmstadt, Dresden, Frankfurt, Königsberg, Leipzig, München und Nordhausen streikte etwa 10 Prozent der Arbeiterschaft. In Hamburg, wo 30.000 Arbeiter im Streik waren, sperrte der

Arbeitgeberverband Hamburg-Altona am 2. Mai 20.000 Arbeiter aus, um sie zum Austritt aus den Gewerkschaften zu zwingen. Deutschlandweit sammelten Gewerkschafter mehr als eine halbe Million Mark Solidaritätsgelder, um die noch bis September andauernden Hamburger Maikämpfe zu unterstützen. Zwar konnte das gewerkschaftliche Koalitionsrecht verteidigt werden, doch der 8-Stunden-Tag blieb in weiter Ferne. Ein Nebenprodukt dieses Arbeitskampfes war die Gründung der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands als Dachverband unter Führung von Carl Legien – ein Vorläufer des DGB.

„Für nicht wenige war der 1. Mai mit dem Weltuntergang gleichbedeutend“, schilderte der spätere Wiener Vizebürgermeister Max Winter die Stimmung vor der Maifeier in Österreich. „Im April 1890 verging wohl kein Tag, an die Zeitungen dem Spießler zum Morgenkaffee nicht einen neuen Streik aufstichteten. Bald sollte ihm das Häuserbauen verteuert werden, weil die Mauerer mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten begehrten, ... dann wurde wieder die Maikorso-Toiletten der „Gnädigen“ in Gefahr gebracht, weil diese „Mamsellen“ in den Salons sich nicht entblödeten, so zu denken wie die Maurer und auch streikten.“

Obwohl Militär am Vorabend des 1. Mai die Städte besetzte, gingen allein in Wien und Budapest jeweils 50.000 Arbeiter auf die Straße, in Prag 35.000. Überall verliefen die Maiumzüge geregelt und diszipliniert. „Feind und Freund sind sich einige darüber, daß auf dem ganzen Festland Österreich, und in Österreich Wien, den Festtag des Proletariats am glänzendsten und würdigsten begangen und die österreichische Bewegung erobert hat“, würdigte Friedrich Engels den Erfolg in der Wiener Arbeiterzeitung.

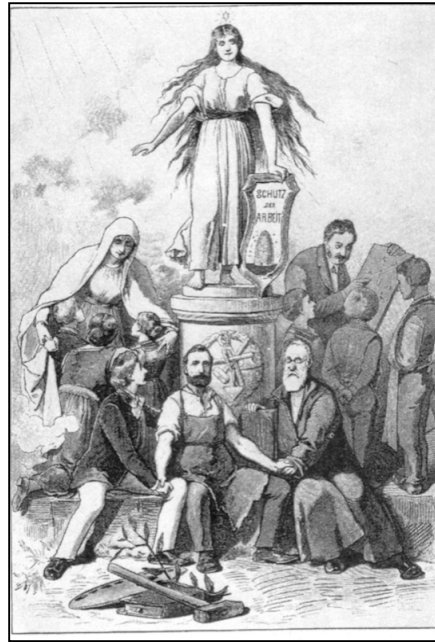
Noch übertroffen wurden diese Maiumzüge durch die gewaltige Kundgebung von 300.000 Arbeitern 4. Mai – einem Sonntag - im Londoner Hyde Park. „Was aber die zahlreichen zuschauenden Bourgeoispolitiker als Totaleffekt mit nach Hause genommen, das ist die Gewißheit, daß das englische Proletariat, das nunmehr volle vierzig Jahre den Schwanz und das Stimmvieh der großen Liberalen Partei abgegeben, endlich zu neuem selbstständigen Leben und handeln erwacht ist“, schrieb Friedrich Engels, der auf einer der elf Tribünen der Kundgebung beiwohnte.

Massenkundgebungen fanden auch in Kopenhagen, Stockholm, Brüssel und Paris statt. In Italien und Spanien kam es zu Auseinandersetzungen mit Polizei und Militär.

„Während die Regierungen der verschiedenen Staaten rüsten und rüsten, während der Moloch des Militarismus die Völker aussaugt und zu Grunde richtet, reichen sich die Arbeiter aller Länder ohne Unterschied der Nationalität die Hände zu brüderlichem Bunde“, heißt es in einer Festschrift. „Ein Festtag wird dieser Tag sein, aber kein Festtag im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Ein internationaler, ein sozialer, ein welt- und kulturgeschichtlicher Festtag; ein Tag, der einer besseren, lichtereren Zukunft der Menschheit vorarbeiten soll, ein Tag des Friedens, der Freude, der Verbrüderung und Menschenliebe.“

Der ursprünglich als einmalige Aktion geplante 1.Mai 1890 schuf die bis zum heutigen Tag gültige Tradition eines internationalen Kampf- und Feiertages der Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung und Kriegsgefahr und für ein menschenwürdiges Leben. Auf ihrem ersten Parteitag nach dem Ende der Sozialistengesetze beschloß auch die SPD im Oktober 1890, den 1.Mai als dauerhaften „Feiertag der Arbeiter“ zu begehen.

NiB



Die Revolutionäre Linie im Mittleren Osten

Die Marxistische Initiative veröffentlicht in dieser Ausgabe eine deutsche Übersetzung des programmatischen Textes "Die revolutionäre Linie im Mittleren Osten" aus der Zeitung der Gruppe Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter, türkische Sektion der Internationalen Arbeiterliga – IV.Internationale, im Internet www.devrimci.org). Devrimci Isci ist eine revolutionär-sozialistische Organisation, die in der Türkei politisch aktiv ist. Die Marxistische Initiative unterhält zu Devrimci Isci enge politische Beziehungen. In dem vorliegendem Dokument verarbeiten die türkischen Genossen die politischen Erfahrungen der letzten Dekade, in der sich einst als anti-imperialistisch verstehende nationale Befreiungsbewegung zu offenen Unterstützern des Imperialismus geworden sind. Auch unter revolutionären Sozialisten bestanden und bestehen immer noch Illusionen über den Charakter mancher nationaler Befreiungsbewegungen. Devrimci Isci stellt in diesem Dokument die ursprüngliche Herangehensweise Lenins an das nationale Selbstbestimmungsrecht wieder her: nationale Befreiungskämpfe sind nur insoweit fortschrittlich, wie sie gegen den Imperialismus gerichtet sind und daher im Einklang mit den Interessen der Arbeiterklasse stehen. Aus diesen Gründen sind wir der Ansicht, daß dieses Dokument auch außerhalb der Türkei von Bedeutung ist und veröffentlichen es daher in Auszügen in deutscher Sprache.
MI

Die Türkei ist ein ganz besonderes Land: Die politischen Verhältnisse hier können nicht losgelöst von der imperialistischen Vorherrschaft in dem geopolitischen Dreieck Mittlerer Osten - Kaukasus - Balkan betrachtet werden. In dieser rohstoffreichen Region vermischen sich die gesellschaftlichen Traditionen von Jahrtausenden. Die Regierungsform, mit deren Hilfe die herrschenden Klassen ihre Vormachtstellung ausüben sind einem andauernden Wandel unterworfen. Die politischen Verhältnisse in der Türkei sind bestimmt von den Beziehungen der

unterschiedlichen Sektoren der Bourgeoisie zum Imperialismus. Zeitweise wird die Regierung direkt vom Militär gestellt, zeitweise wird sie von den Generälen gegenüber kritisch eingestellten Kreisen übernommen, welche eng mit dem US-Imperialismus zusammenarbeiten. Die radikale Opposition ist zu Unterstützern der USA und der EU geworden. Wie muß sich die revolutionäre Arbeiterbewegung in solch einem Land verhalten? Mit anderen Worten: Welche Faktoren bestimmen unsere Politik?

Antimperialismus

Für Devrimci Isci ist der Kampf gegen den Imperialismus der erste Grundpfeiler unserer Politik. Die USA sind das Zentrum der imperialistischen Herrschaft. Gemeinsam mit ihren europäischen Verbündeten haben sie auf internationaler Ebene einen Angriff zur Re-Kolonialisierung gestartet. Dieser Angriff zielt darauf ab, den Neoliberalismus überall auf der Welt als wirtschaftliches Prinzip durchzusetzen und alle Hindernisse dagegen aus dem Weg zu räumen. Der Imperialismus versucht jedwede Opposition gegen die Rekolonialisierung mit politischen und militärischen Mitteln zu bekämpfen.

Der Mittlere Osten ist eine der wichtigsten Regionen dieses Rekolonialisierungsprozeß. Ohne Zustimmung der USA ist es nicht möglich Regierungen in dieser Region zu bilden. Die Rede des US-Präsidenten Bush war eindeutig: Jede Regierung, die die Vorherrschaft der USA nicht akzeptiert - und sei es auch nur zeitweise - wird in die Knie gezwungen. Im Rahmen von Präventivkriegen wurde dies neue Taktik der Bushregierung auf verschiedene Länder angewandt. Die Vereinigten Staaten bedienen sich jedoch nicht immer des direkten militärischen Angriffs, sondern benutzen auch ein "Freiheits"-Rhetorik gegenüber repressiven bürgerlichen Regierungen, die mit dem US-Imperialismus in Konflikte geraten sind. Während die USA die widerwärtigsten Foltermethoden im Gefängnis von Abu Gharib anwandten,

verwendeten ihre Unterstützer "Demokratie"-Rhetorik in der Ukraine, dem Libanon oder in Georgien und konnten erfolgreich Massen mit der Politik der "demokratischen Reaktion" mobilisieren.

Wie die Besetzung des Iraks zeigt, nutzen die USA nationale Gegensätze auch erfolgreich aus. Nationalistische Kräfte werden als die Fußtruppen des Imperialismus eingesetzt. Dies geschieht mit Hilfe einer "Freiheits"-Demagogie, die gegen reaktionäre Kräfte gerichtet ist, die mit dem Imperialismus in Konflikt stehen. Diese Taktik eröffnet der bürgerlichen Führung nationalistischer Bewegungen gewisse Möglichkeiten: Sie kollaborieren mit den USA, indem sie sich auf ihre schmale Hausmacht stützen.

Während die Führer der nationalen Befreiungsbewegungen die Brotkrumen vom Tische einsammeln, leben weite Volksmassen weiterhin in Armut. Darüber hinaus verwickeln diese bürgerlichen Führer mit ihrer abenteuerlichen Politik, die nur ihrem kleinlichen Vorteil dient, die armen Volksmassen in neue nationalistische Schlächtereien und Massaker. Genau das geschieht heute im Irak: Der Wut des irakischen Volkswiderstandes wird sich unweigerlich gegen die Quislinge in der kurdischen Führung wenden. Für die armen kurdischen Volksmassen bedeutet der Verrat ihrer Führung neue nationalistische Schlächtereien.

In der Zypernfrage nimmt die imperialistische Politik eine andere Form an. Die "demokratische Reaktion" ist sehr wirkungsvoll auf Zypern. Zypern hat sich an die blockfreien Staaten seitdem die Insel im Zuge imperialistischer Provokationen 1974 offiziell in zwei Teile gespalten wurde. Heute soll Zypern in den neuen imperialistischen Plänen als Flugzeugträger im östlichen Mittelmeer dienen. Dies soll durch die problemlose Fortsetzung der Nutzung der britischen Militärstützpunkte erreicht werden. In den letzten Jahren diente als politische Absicherung die Mobilisierung der Massen für den Traum der EU-Mitgliedschaft. Das ist die Politik der "demokratischen Reaktion".

Die gegenwärtige Situation bringt auch eine neue Diskussion für die Arbeiterklasse auf internationale Ebene: Die Rolle nationaler Befreiungskämpfe.. Die nationale Befreiungskämpfe des vergangenen Jahrhunderts standen unausweichlich im Widerspruch zum Imperialismus. Diesen Kämpfen wohnte eine revolutionäre Dynamik inne, die dem Imperialismus die direkte Herrschaft über seine Kolonien entzog. Die Dynamik dieses Prozeß verschärfte die Krise der kapitalistischen und imperialistischen Herrschaft international.

Heute gibt es offensichtlich zwei Arten von nationalen Befreiungsbewegungen: solche die der imperialistischen Herrschaft Widerstand leisten oder jene die sich von abhängigen Führern zu Fußtruppen des Imperialismus machen lassen. Der Imperialismus hat die Absicht nationale Konflikte zu benutzen um nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Restauration des Kapitalismus in China die Völker auszuplündern.

Devrimci Isci hat in dieser Diskussion eine ganz klare Haltung: Nationale Befreiungsbewegungen müssen nach ihrer Beziehung zum Imperialismus eingeschätzt werden. Um es an einem konkreten Beispiel aus unserer Region zu verdeutlichen: Die britischen Militärstützpunkte haben erststrangige Bedeutung in Zypern. Wer auf Zypern über Freiheit und Demokratie redet ohne die Schließung der britischen Basen zu fordern, dient lediglich der imperialistischen Propaganda. Das heißt, eine nationalistische

Bewegung die mit dem Imperialismus kollaboriert ist keine Befreiungsbewegung. Sie kann nur bei ihrem wahren Namen genannt werden: Kollaborateure. Die Besetzung des Iraks, kann niemals zur Befreiung führen. Die Befürwortung der Besetzung macht die Unterdrückten zu Helfern des Imperialismus durch Benutzung der "Freiheits"-Demagogie. Wahre Befreiung bedeutet der bewaffnete Kampf gegen den Imperialismus im Irak.

Arbeiterklassenstandpunkt

Nur die Arbeiterklasse besitzt die Fähigkeit den Kampf gegen den Imperialismus bis zu seinem logischen Ende zu führen. Dies ist der zweite Grundpfeiler der Politik von Devrimci Isci. Die Arbeiterklasse ist die einzig revolutionäre Klasse, weil sie keine Produktionsmittel besitzt um andere auszubeuten. Daher zielt der imperialistische Rekolonialisierungsangriff im Namen der Globalisierung auf zentrale Errungenschaften der Arbeiterklasse: Privatisierungen, flexible Arbeitsbedingungen, Sozialabbau, Angriffe auf Gewerkschaften und die Koalitionsfreiheit und die allgemeine Umstrukturierung der Weltwirtschaft zum Nutzen von Kapitalismus und Re-Kolonisierung. Der kapitalistische Drang nach Profit verursacht nationalistische Schlächtereien und Kriege in unserer Region und überall auf der Welt. Daher muß es unser Ziel sein die bürgerlichen Staatsapparate zu zerschlagen und die Arbeiterregierungen einzurichten.

Der Kurs unserer Organisation muß an der politischen Unabhängigkeit der Arbeiterklasse orientiert sein, die Arbeiterorganisationen verteidigen und weitere Schritte in der Organisation der Klasse zu unternehmen. Wir dürfen uns niemals vom Massenkampf und den Mobilisierungstraditionen der Arbeiterbewegung abwenden. Wir müssen einen klaren Trennungsstrich zu Organisationen ziehen, die sich selbst an Stelle der Arbeiterklasse setzen und im Namen der Arbeiterklasse abenteuerliche und kleinbürgerliche Methoden verwenden.

Eine revolutionäre Organisation kann keinerlei von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse getrennten Interessen haben, sonst kann sie nicht als revolutionär bezeichnet werden. Jegliche nationale und regionale Politik muß im Einklang mit den Interessen der Arbeiterklasse weltweit stehen und den Klasseninteressen der Arbeiter untergeordnet sein.

Internationalismus

Die internationale Einheit der Arbeiterklasse war niemals in der Geschichte so drängend wie heute. Die Lohnabhängigen müssen eine internationale politische Zusammenarbeit entwickeln, weil auch die transnationale Monopole international agieren und das Kapital weltweit fungiert.

Gerade in unserer Region ist das eine dringende Notwendigkeit. Verräterische Führungen haben die nationalen Befreiungsbewegungen in ein Bündnis mit dem Imperialismus oder bürgerlichen Kräften geführt, um ihre kleinlichen reaktionären nationalen Interessen zu erlangen. Aber die wirklichen Verbündeten der unterdrückten Völker und der armen Volksmassen in der geopolitischen Region Mittlerer Osten - Kaukasus - Balkan ist die vereinte Arbeiterklasse, die ihre Interessen vertritt.

Gewisse Leute, die behaupten sie verträten die kurdische Nationalbewegung, versuchen Vorteile aus den Gesprächen der EU mit der Türkei zu ziehen. Dabei gehen sie soweit in US-Zeitungen, Appelle an die "Demokratie" zu stellen. Der Adressat dieser Appelle ist die bürgerliche Öffentlichkeit der westlichen Staaten und ganz besonders die Regierungen der imperialistischen Mächte. Die ist ein offenes Bündnisangebot, obwohl es gerade jene imperialistischen Mächte sind, die für die Ausbeutung unserer Rohstoffe und die Gemetzel in der Region verantwortlich sind. Abdullah Öcalan befürwortet ein Bündnis mit genau jenen imperialistischen Kräften, die ihn selbst kidnapten und der türkischen Regierung auslieferten.

Die Ketten des Imperialismus können nur durch die internationale Einheit und Solidarität der türkischen, kurdischen, arabischen und iranischen Arbeiter gebrochen werden. Diese Erkenntnis ist der dritte Grundpfeiler der Politik von Devrimci İsci. Das einzige Bündnis besteht für uns in dem internationalistischen Bündnis der Arbeiter in der Region. Grundvoraussetzung dieser Einheit der unterdrückten Völker und Arbeiter ist es zu verhindern, daß die Kurden den armen arabischen Volksmassen in den Rücken fallen, die im Irak gegen den Imperialismus kämpfen.



Eine internationalistische Haltung ist gerade im Mittleren Osten von höchster Dringlichkeit. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Die einzige Alternative zu den blutigen Kämpfen in der geopolitischen Region Mittlerer Osten - Kaukasus - Balkan ist der erfolgreiche Kampf der Arbeiterklasse um die Macht im Staat. Nur eine Arbeiterinternationale kann nationalistischen Abweichungen widerstehen und alle Bereiche des Kampfes organisieren; nur sie kann die regionale und internationale Einheit der Arbeiterklasse in der Region herstellen.

Religion ist Privatsache

Worum geht es beim Streit um den Werte-Unterricht in Berlin?

Worum geht es eigentlich bei dem jüngst ausgebrochenen Streit um den Werte-Unterricht in Berlin? Einen ähnlichen Unterricht gibt es im Land Brandenburg als LER (Lebensgestaltung-Ethik-Religion) schon länger. Dort gibt es neben LER auch noch Religionsunterricht, wer dort hingehet, kann sich beim staatlichen Pflichtfach LER abmelden (Wahlpflichtfach) ähnliche Wahlmöglichkeiten gibt es auch in den anderen neuen Ländern. Die Kirche hat zwar hier auch gemekelt, aber was jetzt in Berlin abgeht, steht dazu in keinem Verhältnis.

Warum also die Aufregung? Eben weil in Berlin neben der Einführung des neuen staatlichen Unterrichtsfaches der staatliche Zwangsunterricht in Religion ersatzlos wegfällt. Wenn die Schülerinnen und Schüler trotzdem Religion lernen möchten, können sie das gerne tun –aber in ihrer Freizeit. Der Besuch von Religion ist kein Ersatz mehr für die Teilnahme am staatlichen Werte-Unterricht, Religion (egal welche) ist somit endgültig Privatsache. Und da liegt des Pudels Kern. Die Pfaffen aller Couleure regen sich genau darüber auf, bei einer Fernsehdiskussion zum Thema vor ein paar Tagen flippte ein teilnehmender katholischer Pfaffe geradezu aus, als ein Mitarbeiter des Humanistischen Verbandes, mit Verweis auf die große französische Revolution, nachdrücklich die Trennung von Staat und Kirche einklagte und das Teufelswort von der „Privatsache“ aussprach.

Genau das wollen nämlich die Vertreter der in Deutschland durch das Grundgesetz privilegierten christlichen Sekten nicht. Aus ihrem vermeintlichen „öffentlichen“ Auftrag leiten sie nämlich ihre Sonderrechte ab: das der Staat den Mitgliedsbeitrag ihres Vereins kostenlos für sie einzieht (Kirchensteuer), das sie in den Aufsichts- und Kontrollgremien öffentlich-rechtlicher Körperschaften vom Arbeitsamt bis zum Rundfunkrat Sitz, Stimme und Einfluß haben und nicht zuletzt ihr „Recht“ auf staatlichen Zwangsunterricht in Religion.

Nun ist der Beschluß der Berliner SPD wahrlich keiner, der um der Emanzipation des Staates von der Kirche willen gefaßt wurde, also ein Mehr an bürgerlicher Freiheit verwirklichen soll, sondern Ausdruck einer Zwangslage. Man wollte aus rassistisch motivierten Gründen einen Islam-Unterricht an den deutschen Schulen, der dem christlichen Religionsunterricht rechtlich gleichgestellt ist, um jeden Preis verhindern. Nachdem das trotz aller Trickereien des Berliner Schulsenators am Gleichbehandlungsgrundsatz unserer Verfassung gescheitert ist, wurde halt auch der staatliche Zwangsunterricht in christlicher Religion für freiwillig erklärt und ein staatlicher Werte-Unterricht eingeführt; - um für die Moslems keinen Präzedenzfall zu schaffen, der die Werte des „christlichen Abendlandes“ in Gefahr bringen könnte. Verschärfend kam hinzu, daß nur noch 31% der Berliner Einwohnerschaft den beiden christlichen Großsekten anhängen, im Osten sind es weniger als 5%, und damit die

Akzeptanz eines staatlichen Zwangsunterrichts in Religion immer mehr abnimmt.

Sozialistinnen und Sozialisten sind natürlich generell gegen Religionspropaganda an staatlichen Schulen (oder, was das betrifft, Theologie-Ausbildung an staatlichen Universitäten), sei es nun im Rahmen eines Religions-„Unterrichts“ oder im Rahmen des staatlichen Werte-Unterrichts – und wir sind uns damit einig mit vielen Liberalen und Demokraten, von denen uns sonst vieles trennt. Schon seit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts sind die Trennung von Staat und Kirche, sowie der Rückzug des Religiösen in den privaten Raum (Säkularisierung des öffentlichen Raumes) eine Grundforderung für jeden Demokraten.

Warum? Der mündige Staatsbürger der sich in Freiheit entscheiden will, muß wissen, z.B. um Möglichkeiten und Alternativen, denn erst dieses Wissen erlaubt ihm die freiheitliche Entscheidung. Der religiöse Mensch aber soll nicht wissen, sondern glauben. Wissen und Glauben sind schon immer der Gegensatz schlechthin gewesen, durch nichts miteinander vermittelbar (auch wenn uns die Pfaffen einreden wollen, der Glaube sei „geoffenbartes“ Wissen“ und damit höher stehend als das Wissen, das sich aus unserer alltäglichen Erfahrung speist.) Wer glaubt, muß Gehorsam sein, denn er muß auch an Dinge glauben, die sich seiner Überprüfung entziehen oder seiner Erfahrung widersprechen. Er muß glauben an irrsinnige Dinge wie: Wunder, die Jungfrauengeburt Marias, die Erschaffung der Welt in sieben Tagen, das Gott durch den Propheten Mohammed zu den Menschen sprach, das Selbstmordattentäter im Paradies von 70 (!) Jungfrauen verwöhnt werden oder an die Unfehlbarkeit

des Papstes, um nur mal ein paar Unsinnigkeiten aufzuzählen.

Glaube und Gehorsam gehören untrennbar zusammen, ebenso wie Wissen und Freiheit der Entscheidung. Sie sind nicht nur zwei unterschiedliche Weltanschauungen, sondern auch zwei völlig entgegengesetzte Erziehungsziele. Deshalb haben sich die siegreichen Kapitalisten nach ihren erfolgreichen antifeudalen Revolutionen sich wieder der vorher so verhaßten Kirche und Religion bedient, der gläubig-gehorsame Untertan läßt sich leichter regieren und manipulieren, als der wissenschaftlich gebildete und dadurch mündige Staatsbürger.

Wir unterstützen kritisch die Berliner SPD bei ihrer Politik zur Ersetzung des staatlichen Zwangsunterrichts in Religion zugunsten eines pluraleren Lehrfachs. Mögen sich dahinter auch andere Absichten verbergen, die Wirkung ist eine entschieden emanzipatorische. Und der wochenlange Fernsehterror im Zusammenhang mit dem Tod und der Neuwahl eines Sektenführers in Rom zeigt überdeutlich, das die „Dunkelmänner“ immer noch großen Einfluß haben und ihr Ziel, uns in das geistige Mittelalter zurück zu führen, nicht freiwillig aufgeben werden.

Korrespondent Berlin (Arbeitskreis „Marxistische Theorie und Politik“ Berlin-Brandenburg www.ak-marxismus.de)

Almanya'da faşist 'halk cephesi' tehdidine karşı mücadele

Geçtiğimiz şubat ayının ortalarında Almanya'nın her tarafından Dresden'e giden yaklaşık 7 bin faşist, kente yönelik 60 yıl önceki müttefik bombardımanının yıldönümünde bir gösteri gerçekleştirdi. Elbette bu bombardımanın ana sebebinin, daha evvel faşist Almanya tarafından başlatılan savaş olduğundan hiç söz etmediler. Bu, Alman faşistlerinin 1945'te Nazizmin çöküşünden sonra gerçekleştirdiği en büyük gösteriydi. Neredeyse her hafta, Almanya'nın herhangi bir yerinde faşistler tarafından gösteriler, toplantılar ya da konserler düzenleniyor. Önümüzdeki aylar için de Münih ve Berlin'de dev gösteriler planlanıyor. Faşistler, geçtiğimiz yıl elde ettikleri dikkat çekici seçim başarısının ardından, güçlerini sokakta da göstermek istiyor. Faşist NPD (Ulusal Demokratik Parti) geçtiğimiz yıl Saksonya federal eyaletinde yüzde 9.2 oy oranı elde ederek eyalet parlamentosuna girerken (ki bu sosyal demokratların oy oranı kadardı), Brandenburg'da da faşist DVU (Alman Halk Birliği) yüzde 6.1 oy aldı.

Faşist "halk cephesi"

Parababası Gerhard Frey liderliğindeki DVU daha ziyade Frey'e ait Alman Ulusal Gazetesi etrafındaki yaşlı şahısların seçimleri hedef alan bir örgütlenmesiyken, NPD geçtiğimiz yıl etkin ve militan 6 bin kadrosu bulunan bir harekete dönüştü. Geçmişte birbirine hasım olan DVU ve NPD, gelecek yıllar için Almanya'daki yüzde 5'lik seçim barajını aşmak üzere bir seçim ittifakı oluşturdu. Üyeleri arasında pek

çok memur, polis ve küçük işadamları bulunan aşırı gerici Cumhuriyetçi Parti, şu sıralar durmadan güç yitiyor. Çünkü liderliği DVU-NPD ittifakına katılmayı reddediyor ve pek çok üyesi partiden koparak NPD'ye yöneliyor. Parlamentodaki gizli oylamalarda NPD'nin parlamento grubu üye sayısından hep daha fazla oy sağladığına bakılırsa, Hristiyan Demokrat Birlik'in Saksonya parlamentosundaki üyeleri arasında da faşistlerin sempatanları olduğu anlaşılıyor. NPD, bugüne kadar kendini "bağımsız milliyetçiler" olarak tanımlayan bazı neo-Nazi liderlerini, çeteleri ve dazlak gruplarını söz konusu "sağ halk cephesi"ne kazanmayı başardı. Bu güruhla beraber sokaktaki hakimiyet için mücadeleye başladılar. Faşistler bir yandan açık terör yöntemiyle, diğer taraftan konserler ve gençlik merkezleri gibi faaliyetlerle, özellikle Doğu Almanya'daki bazı kent ve kasabalarda "ulusal olarak kurtarılmış bölgeler" yarattı. Göçmenler, antifaşist gençlik, punkçular, eşcinseller, evsizler ve engelliler faşist çeteler tarafından saldırıya uğradı ve kimi zaman da katledildi. Etkili antifaşistlerin, demokratik partilere dahil politikacıların ve kendilerini eleştiren gazetecilerin fotoğraf ve adresleri faşistler tarafından internette yayınlanmaya başladı. Özellikle Doğu Almanya'nın bazı bölgelerinde faşistler kültürel hegemonya elde etti; faşist olmayan gençler bile ordu ceketleri ve postalları gibi faşizmin sembolü olan giysiler giymeye, faşist ve ırkçı grupların müziklerini dinlemeye başladı. Dazlak çeteleri "normal" vatandaşlar arasında da epey sempati kazanmaya başladı; tedirginlik yaşayan küçük işletme sahipleri, işlerini veya işletmelerini yitirmekten korkanlar ve yabancıları krizin

sorumlusu gibi görenler gibi kesimlerden oluşan "orta sınıf" içinde ırkçılık giderek güç kazanıyor. Geçmişte Alman faşistleri Hitler ve Nazi ordusu anmaları yaparken ve Avrupalı Yahudilere yönelik katliamları reddederken, artık

daha güncel meselelere yöneliyorlar. NPD gibi faşistler ABD emperyalizmine karşı, Irak ve Filistin'in kurtuluşu yönünde bir ajitasyon yürütüyor. İşsizlerin sosyal kesintilere karşı gerçekleştirdiği eylemlere katılıyorlar. Kimi faşist çete mensupları Latin Amerikalı devrimci Che Guevara'nın resminin basılı olduğu tişörtler bile giyiyor; Che'nin Amerikan emperyalizmine karşı savaşını sahipleniyorlar. Elbette sadece ABD emperyalizmiyle dertleri var; Alman emperyalizmiyle ilgili tek kelam bile etmiyorlar. Ve anti-Siyonizmleri de aslında tam bir Yahudi düşmanlığı olarak tezahür ediyor. Faşistlerin kapitalizme ilişkin protestoları ise, politikacıların münferit yolsuzluklarıyla ya da spekülasyon "Yahudi" sermayesi ile sınırlı kalıyor; fabrikaların kamulaştırılmasından ya da üretim araçları üzerinde işçi denetiminden elbette hiç söz etmiyorlar. Onlar açısından sorun üretim araçları üzerindeki özel mülkiyete dayanan kapitalist sistem değil; esas düşman olarak göçmenleri, Yahudileri, İslamı ve Almanya üzerindeki sözde ABD hakimiyetini görüyorlar.

Müslümanlık karşıtı ırkçılık dalgası

Faşistler aynı zamanda muhafazakar partilerle sosyal demokrasinin belli kesimleri tarafından yürütülen ırkçı kampanyalara da katılıyor. Alman nüfusu içinde hala mevcut olan ciddi Yahudi karşıtı havanın yanı sıra, Müslüman nüfusa, özellikle de büyük Türk ve Kürt nüfusa karşı yükselen ırkçılık her geçen gün yükseliyor. Türkiye'nin Avrupa Birliği'ne katılma tartışmalarıyla birlikte, bu ırkçı kampanya yeniden canlandı. Başında sosyal demokratların bulunduğu hükümetten bile daha fazla sosyal kesinti öngören muhafazakar Hristiyan Demokratlar, bu programlarına oy kazanamayacakları için ırkçılık kartını oynuyorlar. Hristiyan Demokratlar ve SPD'den politikacılar, imamların camilerde Türkçe ya da Arapça konuşmasını engellemek istiyor. Göçmenler ve mülteciler radikal Müslüman gruplara sempati duydukları ya da Filistinli dayanışma örgütlerine para topladıkları gerekçesiyle sınır dışı ediliyor.

Sembolik direniş ve halk cepheciliği

Bir kentte faşist eylemler yükseldiğinde, burjuva ve sosyal demokrat politikacılar ile belediye başkanları sembolik protestolarda bulunmayı tercih ediyor. Faşist gösterilerin uzağında, ellerinde mumlar ve çiçekler olduğu halde, "daha fazla tolerans" çağrılarını yapıyor ve "gerek sağ, gerek sol radikallerden (!) gelen şiddete karşı" nutuklar atıyorlar. Alman Komünist Partisi (DKP) gibi Stalinistler ise, radikal sol güçleri faşizme karşı sosyal demokratlarla, Yeşiller gibi burjuva partileriyle ve kiliseyle aynı platformda birleştirmeye çalışıyor. Bu durum, radikal solun sosyal demokrat - yeşil koalisyon hükümetinin ırkçı göçmenlik yasalarını eleştirmesine izin vermemek anlamına geliyor. Sosyal kesintilerden ve işçi haklarına yönelik derin saldırılardan sorumlu olan partilerle aynı platformda yer almak, kapitalizm karşıtı ve devrimci sol açısından halk cephesinin bir parçası olmak demektir. Faşist parti sempatiçilerinin gözünde "ulusal direniş" kapitalizme ve emperyalizme karşı tek anlamlı direniş olarak görülüyor; çünkü radikal sol iktidarla



yan yana yürüyor. PDS (Doğu Alman Stalinistlerin mirasçısı olan Demokratik Sosyalizm Partisi) Berlin ve Mecklenburg'da yönetimi sosyal demokrat parti ile paylaştığı ve sosyal kesinti politikalarına onay verdiği için, pek çok işsiz ve tepkili genç ve işçi, radikal bir alternatif olarak faşist NPD ve DVU etrafında toplanıyor.

Ultrasolculuk ve Siyonizm taraftarlığı

Anarşistler ve sözde anti-faşist otonomcular genellikle faşistlere ve onların bürolarına yönelik doğrudan eylemleri tercih ediyor. Onlara kalırsa, küçük anti-faşist grupların militan ve gözüpük fi ziksel saldırıları faşistleri durdurmak için yeterli görünüyor. Bu grupların genel tavrı (Gösterilerde kar maskeli militanlardan oluşan 'kara blok'ları, ultra radikal sloganları, vs.) bu cesur genç yoldaşları diğer anti-faşistlerden koparıyor. Kitlesele bir otonomcu hareketin yaşandığı 1980'ler ve 90'larda, bu ultra sol kuvvetler faşistlere zarar verebiliyordu. Fakat otonom hareketinin gerilemesinin ve faşistlerin güçlenmesinin ardından, artık faşistler otonomculardan çok daha fazla kişiyi harekete geçiren gösteriler düzenlemeye başladı. Anti-faşist gençlik hareketi içinde hatırı sayılır bir kesimi de, anti-faşist gösterilere Siyonist İsrail devletinin ve ABD'nin bayraklarıyla katılan Alman düşmanları oluşturuyor. Bu kesim bütün Almanlar Yahudi düşmanı olarak görüyor ve Alman emperyalizmini en saldırgan emperyalizm olarak değerlendiriyor. Bu kesime göre anti-faşizm, "USA-Antifa" ya da "Bombacı Harris, bir daha bombala" gibi sloganlarla Siyonizmi ve ABD emperyalizmi savunmak anlamına geliyor. (İngiliz Kraliyet Hava Kuvvetleri komutanı Harris II. Dünya Savaşı sırasında Dresden'de ve Almanya'nın diğer kentlerinde Alman sivillere yönelik bombalama eylemlerinden sorumluydu) Alman düşmanları ya da kendi ifadeleriyle milliyetçilik karşıtları, esas olarak akademik çevrelerden gelen eski radikal solculardan oluşuyor; bu kesim, Almanya'daki sınıf mücadelesinin gerileyen düzeyi karşısında savrularak, açıkça emperyalizm yanlısı bir politika izlemeye başladı. Alman düşmanlarının bu ahmakça politikasının, işçi ve göçmenleri faşizme karşı harekete geçirme noktasında bir engel teşkil ettiği çok açıktır.

Stalinistlerin burjuva devletine ilişkin yanlısamları

Reformist PDS'ye benzer bir biçimde, Alman Komünist Partisi ve Maocu MLPD (Almanya Marksist Leninist Partisi), burjuva devletine bütün faşist örgütlerin yasaklanması

talebiyle gidiyor. Bu reformist ve Stalinist örgütler, işçi seferberliklerine güvenmek yerine burjuva devlete ilişkin yanlısamlar yaymayı tercih ediyor. Ne var ki, tarihsel deneyim burjuva devletin hiçbir zaman faşistleri yasaklama ya da dağıtma yönünde davranmadığını gösteriyor. Tam tersine, gizli servisin pek çok ajanı, "anayasanın savunulması adına" Nazi partilerinin üyeleri arasında yer alıyor. Devlet birkaç yıl önce NPD'yi yasaklamaya kalkıştığında, mahkeme hiçbir sonuca varamadan sona erdi; 14 çünkü ırkçı propaganda suçu işleyen bazı parti liderlerinin gizli servis elemanları olduğu ortaya çıktı. Münih'te şu anda bir faşist çeteye ve çete lideri Martin Wiese'ye yönelik bir dava sürüyor. Bu dazlak çetenin Münih'teki Yahudi merkezine yönelik bir bombalama eylemi planladığından şüpheleniliyor. Duruşmalar neticesinde, silahları temin edenin ve saldırı fikrini ortaya atanın bir gizli servis elemanı olduğu netleşti. Burjuva Alman devleti faşistleri yasaklama niyetiyle yeni yasalar çıkardıktan sonra, bu yasaları radikal sola karşı kullanmaya başladı. 1952'de Hitler'in NSDAP'ının bir devamı olan faşist Alman İmparatorluk Partisi'nin yasaklanması, 1956'da Alman Komünist Partisi'ni yasaklamak için atılmış bir ön adımdı; nitekim aynı yıl "demokratik" Almanya'da binlerce komünist tutuklandı. Şimdi de hükümet, Berlin'deki Brandenburg Kapısı ya da Felaket anıtları gibi millî sembollerin etrafında gösteri yapılmasını yasaklamak için yeni yasalar çıkarmayı planlıyor. Ne var ki, bu yasalar sadece faşist gösterileri değil, sol grupların ve işçi hareketinin gösterilerini de engellemeyi hedefliyor.

1937 yılının ekim ayında Meksika solu içinde gerici basının nasıl engelleneceği üzerine bir tartışma yaşanmıştı. O sırada Meksika'da sürgünde bulunan Leon Troçki, Stalinistlerin burjuva devletinden gerici ve faşist gazetelerin yasaklanmasını talep etmesine şiddetle karşı çıkmıştı. "Tarihsel deneyim kadar teori de göstermiştir ki, burjuva toplumunda demokrasideki her kısıtlama, kaçınılmaz olarak proletaryaya yönelir; tıpkı vergilerin kaçınılmaz olarak proletaryanın sırtına yıkıldığı gibi. Burjuva demokrasisi proletarya açısından ancak sınıf mücadelesinin gelişimi önündeki engelleri ortadan kaldırdığı ölçüde yararlıdır. Buradan hareketle, burjuva devletini kamuoyu üzerinde, özellikle de basın üzerinde hakimiyet sağlayacak özel araçlarla teçhizatlandırılan her işçi 'lideri' haindir. Son tahlilde, sınıf mücadelesinin yükselmesi, her renkten burjuvaziyi bir anlaşmaya varmaya zorlayacaktır: yeni bir yasal çerçeve ile her türlü kısıtlayıcı tedbir alınacak, işçi sınıfına karşı 'demokratik' sansür tedbirleri uygulamaya konacaktır. Bunu hala kavrayamamış olan kimseler, işçi sınıfı saflarını terketmelidir."

İşçilerin, göçmenlerin ve gençliğin anti-faşist cephesini yaratmak için

Faşistler güçlerini sokaklardaki hakimiyetlerinden alıyor. Onları durduracağımız ve tecrit edeceğimiz yer de sokaklardır. Bu görev, uzaktan uzağa sembolik mum işkleriyle protesto gösterileri yaparak başarılmaz. Faşistleri ancak kitlesel bir güce ulaşarak durdurabiliriz. Aksi takdirde, geçen yıl sık sık yaşadığımız üzere, polis bizim kortejlerimizi dağıtmak için faşistlere arka çıkacaktır. Oysa binlere ulaştığımız ölçüde, polis de faşistler adına üzerimize saldırmaya cesaret edemeyecektir. 1997'de 6 bin faşist Münih'te bir yürüyüş yapmıştı. Fakat bu yürüyüşten haftalar önce başlatılan büyük seferberlik sonucunda, 15 bin anti-faşist yürüyüşü engellemek üzere sokağa çıkmıştı.

Geçtiğimiz yıllarda da faşistler yürüyüşlerini nadiren sonuçlandırabilmiş, çoğunlukla anti-faşist direnişle karşılaşmıştı. Marksist İnsiyatif gibi Troçkist hareketler, Stalinistlerin halk cepheci oportünizmine de, anarşistlerin ultra sol taktiklerine de karşı çıkmaktadır. Faşistlerin iyi örgütlendiği ve göçmenlerle solculara yönelik tehdit oluşturduğu bölgelerde, polis konusunda hiçbir ilüzyon yaşamaksızın anti-faşist savunmayı örgütleme çağrısı yaparız. Sol örgütlenmeler kadar göçmen merkezleri ve sendikalar da faşist saldırılara karşı savunma birlikleri ve milisler örgütlemelidir. Gerekli görüldüğünde, göçmenlerin ve Almanların ortak olarak oluşturacağı savunma birlikleri kentlerdeki işçi ve göçmen lokallerini denetim altında bulundurmali, sol parti bürolarını, alternatif gençlik merkezlerini, saldırıya uğraması muhtemel cami ve sinagogları korumalıdır. Anti-faşist savunmayı örgütlemek üzere tüm işçi sınıfı örgütlerini birleşik bir cephe oluşturmaya çağırıyoruz. Troçki'nin 1931'de yazdığı şu perspektifi savunuyoruz: "Sosyal Demokrasi'yle ya da Alman sendikalarının liderleriyle ortak platformlara, ortak yayımlara, ortak bayraklara, ortak pankartlara hayır! Ayır yürüyelim, fakat birlikte vuralım! Sadece nasıl vuracağımız, kime vuracağımız ve ne zaman vuracağımız konusunda anlaşalım! Böylesi bir anlaşma şeytanın kendisiyle bile, şeytanın nenesiyle bile, hatta ve hatta Noske ve Grezesinsky (Weimar



Cumhuriyeti sırasında Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg ve pek çok işçinin Prusya polisince öldürülmesinden sorumlu sağ kanat sosyal demokratlar ile bile yapılabilir. Tek bir koşulla, ellerimizi bağlamadan." (Troçki, Faşizme Karşı Birleşik Bir İşçi Cephesi İçin, Aralık 1931).

Troçkistler sendikaları ve sosyal demokratları olduğu kadar, faşistlerin hedefi olan radikal solu, kilise, sinagog ve cami mensuplarını, eşcinselleri seferber etmeyi hedefler. Türk ve Kürt göçmenleri, sosyalistleri ve Kemalistleri, Kürt milliyetçilerini ve Müslümanları, Filistinlileri olduğu kadar, Yahudi cemaatini de faşistlere karşı girişeceğimiz eylemlere katmayı arzuluyoruz. Pek çok farklı meselede tüm bu kesimler arasında derin, hatta uzlaşmaz farklılıklar bulunmaktadır; fakat bunların tümü, faşizmin ölümcül tehdidi altındadır.

Göçmenlerden nefret eden dazlaklar, kimseye Kürt mü, Türk mü, siyah mı, yoksa Yahudi mi olduğunu sormamaktadır. Bu noktada bir konuyu da açıklığa kavuşturmak gerekiyor. Almanya'daki faşist hareket, bilinçsiz bir Türk milliyetçiliğini de körükliyor. Kimi Türk gençler MHP sembollerini taşımayı Alman faşistlerine karşı bir meydan okuma olarak algılayabiliyor. Bu kitleyi, Türkiye'deki faşist MHP kitlesinden ayrı değerlendirmek, Almanya'daki faşizme Türk faşistlerinin sembollerine sarılarak karşı çıkılamayacağını göstermek gerekir. Keza Almanya'daki Müslümanlar içinde camiye giden geniş bir kesim bulunuyor. Bunların büyük çoğunluğu şeriatçı değil, geleneksel değerlerine bağlı Müslüman nüfus. 11 Eylül sonrası burjuva yayın organlarında ciddi bir anti-İslam tutum görülmeye başladı. Yani Türkiye'de İslam bir iktidar unsuru iken, Almanya'da giderek daha fazla horlanan ve ezilen bir dinsel topluluk haline dönüştü. Onları ve Alevi merkezlerine devam eden kesimleri faşizme karşı mücadeleye çağırarak bu nedenle son derece önemli. Bizim programımız, tüm bu kesimlerin yaşadığı sorunlara duyarlı olmayı ve eylem süreci içinde, sınıf dayanışmasına ve sınıf mücadelesine ikna edebilmeyi öngörüyor. Bunu yaparken, elbette MHP'li faşist kadrolarla ve şeriatçı önderliklerle aramıza net bir ayırım koyuyor ve faşizmle mücadeleyi başka milliyetlerin faşistlerinin ya da eli

kanlı şeriatçı önderliklerin yürütemeyeceğini açıkça vurguluyoruz. Troçkistler kendi sloganlarını yükseltmekte ve kendi bildirimlerini dağıtmaktadır. Faşist tehdit altındaki tüm kesimlerin geniş birleşik eylemini örgütlemeye çağırması yaparken, sosyal demokrat hükümetin ırkçı politikasını ya da Kemalist örgütlerin Kürt karşıtı şovenizmini eleştirmeyi sürdürüyoruz. Faşistlere karşı sosyal demokrat, Yeşilci, Müslüman ya da Hristiyan unsurlarla birlikte mücadele yürütürken, sosyalist bir alternatif yaratma gereği üzerine sürdürdüğümüz propagandadan asla taviz vermiyoruz. Faşistlerin anti-kapitalist demogojilerinden etkilenen işçileri ve gençleri ancak keskin bir anti-kapitalist programla kendi saflarımıza kazanabiliriz.

Faşistleri sokaklarda durdurmak yeterli değildir. Marksist filozof Max Horkheimer'in zamanında vurguladığı gibi, "Eğer kapitalizmden söz etmek istemiyorsanız, o halde Nazizmden de söz etmeyin." Faşizmin köklerini yoketmek için, kapitalist sistemi bir bütün olarak ortadan kaldırmak ve yerine sosyalist bir işçi devleti inşa etmek zorunludur.

Ludwig König

„Die jetzige Krise der menschlichen Kultur ist eine Krise der proletarischen Führung“

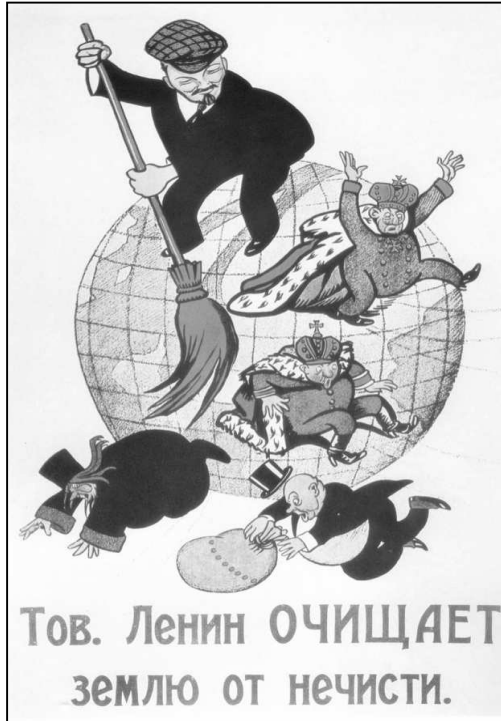
Wofür steht die Marxistische Initiative?

Sozialismus und Rätedemokratie

Die Hauptursache für Unterdrückung, Armut, Umweltzerstörung und Krieg ist der Kapitalismus. Ihn allein durch Reformen überwinden zu können, ist eine Illusion. Die Macht der Wirtschaftsmonopole, Banken und Konzerne kann nur durch ihre Enteignung gebrochen werden. Unser Ziel ist die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, die auf einer nach den Bedürfnissen der Menschen geplanten Wirtschaft basiert und von frei gewählten Räten demokratisch kontrolliert wird.

Arbeiterklasse und Bourgeoisie

Die Geschichte aller Gesellschaft ist die Geschichte des Klassenkampfes, hinter allen politischen Wirkungen stehen sozial-ökonomische Ursachen. Der grundlegende Widerspruch im Kapitalismus besteht zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Kapital und Fabriken sind in der Hand einer kleinen Minderheit von Kapitalisten, während die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung nur ihre eigene Arbeitskraft zu verkaufen hat. Nur die Arbeiterklasse, die zusammen mit anderen Werktätigen allen Reichtum in



unserer Gesellschaft produziert, hat die objektive Macht zum Sturz des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus.

Selbstaktivität und Emanzipation

Um diesem Ziel näher zu kommen, unterstützt die Marxistische Initiative heute alle Kämpfe und Aktivitäten, die der Selbstbefreiung und Emanzipation der großen Masse der Lohnabhängigen dienen. Dabei ist es notwendig, die gerechtfertigten Tagesinteressen der Werktätigen und der Jugendlichen für eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lebensbedingungen mit einer sozialistischen Perspektive zu verbinden. Entscheidend ist die außerparlamentarische Mobilisierung und Selbstorganisation der Betroffenen. Die Arbeiterklasse muss dabei ihre organisatorische und ideologische

Unabhängigkeit von bürgerlichen Parteien und Programmen erkämpfen und bewahren. Daher lehnt die Marxistische Initiative jede Form von Klassenversöhnung wie die Beteiligung von Arbeitervertretern an bürgerlichen Regierungen strikt ab. Für die Verteidigung und den Ausbau elementar sozialer Rechte brauchen die Arbeiter starke Gewerkschaften. Innerhalb der Gewerkschaften treten wir für

eine klassenkämpferische Politik ein und bekämpfen die Politik der Gewerkschaftsführung, die Arbeiterklasse zu disziplinieren und dem bürgerlichen Staat unterzuordnen.

Unterdrückung und Ausbeutung

Elementarer Bestandteil sozialistischer Politik ist das Eintreten gegen jede Form der Unterdrückung, Ausbeutung, Diskriminierung und rassistischen Verfolgung. Der Kampf für die soziale und rechtliche Gleichstellung der Frauen gehört ebenso dazu, wie für das Selbstbestimmungsrecht unterdrückter Völker und die Rechte sexueller Minderheiten. Gleiche und demokratische Rechte für alle, die hier leben, ist eine unverzichtbare Schlüsselforderung. Die unversöhnliche Entlarvung aller Rassenvorurteile und aller Arten und Schattierungen von nationaler Überheblichkeit und Chauvinismus müssen als wichtige Erziehungsarbeit in den Kampf gegen Imperialismus und Krieg eingehen. Unsere Hauptlosung ist daher: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Imperialismus und Krieg

Im Zeitalter des Imperialismus beherrschen finanzkapitalistische Monopole die Welt. Eine Handvoll imperialistischer Räuberstaaten hat das Territorium der Erde unter sich aufgeteilt. Der Drang der Monopole nach Profiten, Märkten und Rohstoffen ist die Ursache für Hochrüstung und Kriege. Der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung der räuberischen Politik des Kapitals. Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung des Klassenkampfes. Wesentlicher Inhalt der Politik der internationalen Arbeiterklasse wird folglich der Kampf gegen den Imperialismus und seinen Krieg sein. Dabei gilt für uns in den imperialistischen Ländern die Maxime Karl Liebknechts: Der Hauptfeind steht im eigenen Land.

Wir unterstützen die Kämpfe unterdrückter Völker gegen imperialistische Kriege und neokoloniale Ausbeutung. Doch die nationalen und demokratischen Ziele in vom Imperialismus unterworfenen Ländern sind nur unter der Führung der Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus lösbar, da das einheimische Bürgertum in diesen Ländern für eine konsequent revolutionäre Rolle zu schwach und vom Imperialismus abhängig ist.

Revolution und Konterrevolution

Die Sowjetunion ist aus der Oktoberrevolution als ein Arbeiterstaat hervorgegangen. Die Verstaatlichung der Produktionsmittel als notwendige Voraussetzung der sozialistischen Entwicklung hat die Möglichkeit eines raschen Anwachsens der Produktivkräfte ermöglicht. Der Apparat des Arbeiterstaates hat bedingt durch anfängliche Rückständigkeit, Isolation und imperialistische Umzingelung der Sowjetunion eine völlige Entartung durchgemacht, wobei er sich von einem Werkzeug der Arbeiterklasse zu einem Werkzeug der bürokratischen Gewalt gegen die Arbeiterklasse verwandelt hat. Die unter Stalin und seinen Nachfolgern im Namen des Sozialismus begangenen

Verbrechen haben der Glaubwürdigkeit der sozialistischen Idee weltweit gewaltigen Schaden zugefügt. Die parasitäre Staats- und Parteibürokratie in der Sowjetunion, der DDR, China und den anderen nichtkapitalistischen Staaten bereitete zunehmend der Rückkehr zum Kapitalismus den Weg. Wir sehen uns in der Tradition derjenigen Kräfte, die in diesen Ländern seit den 1920er Jahren als linke Opposition gegen die bürokratische Entmündigung der Arbeiterklasse für wirkliche Arbeiterdemokratie und die Verteidigung und Ausweitung der sozialen Errungenschaften enttraten. Doch ohne marxistische Führung ging der gerechtfertigte Widerstand der Werktätigen gegen das bürokratische System in eine soziale Konterrevolution und die Zerschlagung aller Errungenschaften der Arbeiterklasse über. Die Wende von 1989/90 bedeutet so einen gewaltigen Rückschlag für die tatsächlichen Lebensbedingungen der werktätigen Massen weltweit.

Theorie und Praxis

Das Programm der Marxistischen Initiative basiert auf der internationalen Erfahrung des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten überhaupt. Wir treten für theoretische Klarheit und die Verteidigung und Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus in der Tradition von Karl Marx, Friedrich Engels, Wladimir Iljitsch Lenin, Rosa Luxemburg und Leo Trotzki ein. Der Marxismus ist für uns nicht nur ein Werkzeug zum Verständnis der Welt, sondern in erster Linie eine Handlungsanleitung zu ihrer Veränderung.

Arbeiterpartei und Internationale

Wir wissen mit Marx: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter sein. Die zentrale Aufgabe der Gegenwart besteht darin, der Arbeiterklasse dabei zu helfen, den Zustand ihrer Demoralisierung, Verwirrung, ideologischen Konfusion und organisatorischen Zersplitterung zu überwinden. Fortschrittlich ist jede Tätigkeit, die der Arbeiterklasse dabei hilft, eigene Erfahrungen über ihre objektive Stellung in der Gesellschaft zu sammeln. Da die spontanen Kämpfe der Ausgebeuteten und Erniedrigten nicht ausreichen, um Kapitalismus und Imperialismus zu überwinden, ist eine theoretisch geschulte und durch die Praxis bestätigte Führung nötig. Eine sozialistische Arbeiterpartei ist kein Selbstzweck, sondern das unverzichtbare Werkzeug zum Sturz des Kapitalismus. Eine solche Partei kann nicht einfach proklamiert werden, sondern muss ein Produkt des Klassenkampfes sein. Die Marxistische Initiative möchte nach ihren Kräften und Möglichkeiten zum Aufbau einer solchen Partei beitragen. Da der Kapitalismus im Weltsystem besteht, muss auch der Widerstand international organisiert sein. So, wie der Sozialismus nicht in einem einzigen Land aufgebaut werden kann, entsteht eine gesunde revolutionäre Organisation nicht in nationaler Isolation. Die Marxistische Initiative unterstützt daher jeden wirklichen Schritt zur Schaffung einer neuen Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution. Doch eine Internationale entsteht nicht am grünen Tisch, sondern muss das Produkt tatsächlicher Bewegungen, Kämpfe und Revolutionen in den verschiedenen Ländern sein

Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds

Kurz nach der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald durch die illegale Militärorganisation der Gefangenen veröffentlichten ehemalige trotzkistische Häftlinge die Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds. Das Manifest unterschied sich stark von den politischen Vorstellungen der stalinistischen und sozialdemokratischen Mitgefangenen. Während die SPD und wenig später auch die KPD die These von einer deutschen Kollektivschuld an Faschismus vertraten und damit der Teilung Deutschlands und der Entmündigung der deutschen Arbeiterklasse durch die Besatzungsmächte den Weg bahnten, hielten die Trotzkisten daran fest: das erste Opfer des deutschen Faschismus war die deutsche Arbeiterbewegung. Sämtliche Hoffnungen auf die europäische und die Weltrevolution, die die Trotzkisten zu dieser Zeit hegten, gründeten sich auf die Rolle eines Motors, die dem deutschen Proletariat zugedacht war. Die Alliierten - einschließlich der UdSSR - taten alles, um dieser Gefahr vorzubeugen. Es trifft jedoch zu, daß das deutsche Proletariat durch die Schrecken, die es lange Jahre der Naziherrschaft und des Kriegs hindurch erlitten hatte, zutiefst mitgenommen, geschwächt und demoralisiert war. Das große Aufbäumen, mit dem auch die deutschen kommunistischen Kader in den Lagern rechneten, konnte unter diesen Bedingungen nicht stattfinden. Dies wirkte sich nachhaltig auf die Perspektiven der europäischen Revolution aus. Die Erklärung wurde von einem internationalen Redaktionskomitee ausgearbeitet, das aus Karl Fischer, Marcel Beaufre, Florent Galloy und Ernst Federn bestand. Sie hatten alle jahrelange Haft und Isolierung hinter sich. Die Erklärung wurde von den Mitgliedern und Sympathisanten der IV. Internationale aus einer Reihe von Ländern angenommen und noch im befreiten Lager Buchenwald hektographiert und verteilt.

MI

1. Die internationale Lage des Kapitalismus

Mit dem Ausgang des 2. imperialistischen Krieges verlieren Italien, Deutschland und Japan ihre Stellung als imperialistische Großmächte, während die Frankreichs schwer erschüttert ist.

Die imperialistischen Gegensätze und Konflikte zwischen den USA und Großbritannien beherrschen die Wetterzonen der imperialistischen Weltpolitik.

Rußland trat mit Beginn dieses Weltkrieges aus seiner Isolierung heraus und steht heute vor der Aufgabe, seine militärischen Erfolge gegen die Bestrebungen der imperialistischen Siegmächte politisch und ökonomisch zu verwirklichen.

Trotz seiner ungeheuren Anstrengungen bleibt China ein Objekt der imperialistischen Großmächte, eine notwendige Folge des Sieges der chinesischen Bourgeoisie über das chinesische Proletariat. Die auf den internationalen imperialistischen Friedenskonferenzen demonstrativ hervorgekehrte Einmütigkeit soll die Massen über die immanenten Gegensätze der kapitalistischen Mächte täuschen. Die gleichlaufenden militärischen Interessen gegen Deutschland können aber den Ausbruch der Gegensätze im alliierten Lager nicht verhindern. Zu diesen Gegensätzen kommen hinzu die unvermeidlichen Krisen und sozialen Erschütterungen der untergehenden kapitalistischen Produktionsweise.

Eine genaue Analyse der internationalen Lage mit den Methoden des Marxismus-Leninismus ist die unbedingte Voraussetzung für eine erfolgreiche revolutionäre Politik.

2. Die internationale Lage der Arbeiterklasse

Diese Entwicklung ermöglicht dem deutschen Proletariat in kurzer Zeit aus der tiefsten Niederlage wieder aufzusteigen und sich erneut an die Spitze des europäischen Proletariats zum Kampf für die Niederwerfung des Kapitalismus zu stellen. Durch das Scheitern der Revolution in Europa isoliert, hat die russische Revolution eine Entwicklung genommen, die sie von den Interessen des europäischen und internationalen Proletariats immer mehr und mehr entfernt hat. Die Politik des "Sozialismus in einem Lande" vertrat vorerst nur die Interessen der herrschenden bürokratischen Clique und führt heute dazu, daß der russische Staat Schulter an Schulter mit den imperialistischen Mächten eine Politik des Nationalismus betreibt. Welche Entwicklung auch immer

in Rußland eintreten mag, das internationale Proletariat muß sich frei machen von jeder Illusion über diesen Staat und sich durch eine klare marxistische Analyse zur Erkenntnis durchringen, daß die heute regierende Bürokraten- und Militärkaste ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgt und die internationale Revolution auf jede Unterstützung von Seiten dieser Regierung verzichten muß.

Der vollkommene militärische, politische und ökonomische Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie eröffnet dem deutschen Proletariat den Weg zu seiner Befreiung. Um den, durch die imperialistischen Gegensätze begünstigten, Wiederaufstieg der deutschen Bourgeoisie zu verhindern und die Arbeitermacht zu errichten, bedarf es des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse jedes Landes gegen seine eigene Bourgeoisie. Durch die Politik der beiden internationalen Arbeiterorganisationen, die die proletarische Revolution, welche allein diesen Krieg hätte verhindern können, aktiv bekämpft und sabotiert haben, wurde die Arbeiterklasse ihrer revolutionären Führung beraubt. Die 2. Internationale ist ein Instrument der Bourgeoisie. Die 3. Internationale hat sich seit dem Tode Lenins zu einer Agentur der Außenpolitik der russischen Bürokratie entwickelt. Beide haben sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung dieses imperialistischen Krieges beteiligt und sind daher mitverantwortlich. Der deutschen und internationalen Arbeiterklasse die Schuld oder Mitschuld an diesem Krieg aufzubürden, heißt nichts anderes, als weiter der Bourgeoisie zu dienen.

Das Proletariat kann seine historische Aufgabe nur unter Führung einer neuen revolutionären Weltpartei erfüllen. Diese Partei zu schaffen, ist die allernächste Aufgabe der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse. Im Kampf gegen den Kapitalismus und seine reformistischen und stalinistischen Agenten haben sich bereits internationale revolutionäre Kader für den Aufbau dieser Weltpartei zusammengeschlossen. Zur Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe kann es kein Ausweichen in die versöhnlichere Losung einer neuen Internationalen "2 1/2" geben. Ein solches Zwischengebilde verhindert die nötige ideologische Klärung und hemmt die revolutionäre Schlagkraft.

3. Nie wieder einen 9. November 1918!

In der bevorstehenden vorrevolutionären Periode gilt es, die werktätigen Massen im Kampf gegen die Bourgeoisie zu mobilisieren und den Aufbau einer neuen revolutionären Internationale vorzubereiten, die die Einheit der

Arbeiterklasse in der revolutionären Aktion verwirklichen wird.

Alle Theorien und Illusionen über einen "Volksstaat", "Volksdemokratie" haben im Verlauf der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unversöhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern.

Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen. In diesem Kampf wird sich das zögernde Kleinbürgertum dem revolutionär vorstürmenden Proletariat anschließen, wie es uns die Geschichte der großen Revolutionen lehrt.

Um aus den kommenden Klassenkämpfen siegreich hervorzugehen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Verwirklichung folgender Forderungen erkämpfen:

- Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit!
- Koalitionsfreiheit und sofortige Wiederherstellung aller sozialen Errungenschaften von vor 1933!
- Restlose Beseitigung aller faschistischen Organisationen!
- Beschlagnahme ihres Vermögens zugunsten der Opfer des Faschismus!
- Aburteilung aller Träger des faschistischen Staates durch frei gewählte Volksgerichte!
- Auflösung der Wehrmacht und ihre Ersetzung durch Arbeitermilizen!
- Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses!
- Trotz Ausnützung aller parlamentarischen Institutionen der Bourgeoisie für die revolutionäre Propaganda, Beibehaltung und Erweiterung der Räte!
- Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes!
- Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!
- Keinen Mann, keinen Pfennig für die Kriegs- und Reparationsschulden der Bourgeoisie!
- Die Bourgeoisie muß zahlen!
- Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückelung Deutschlands!
- Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen!
- Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa!
- Für die proletarische Weltrevolution!

20. April 1945 Die internationalistischen Kommunisten Buchenwalds (4. Internationale)



8. Mai 1945 – Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus